

Im Dienste der Menschen:

**Bilanz unserer Politik
gegenüber unseren östlichen
und südöstlichen Nachbarn**

- | | |
|--|----------|
| 1. Unser Kurs in der Friedenspolitik ist erfolgreich | Seite 2 |
| 2. Spürbare Fortschritte zugunsten der Menschen
im geteilten Europa erreicht | Seite 3 |
| 3. Noch nie waren die Kulturbeziehungen zu Ost- und
Südosteuropa enger und vielgestaltiger | Seite 8 |
| 4. Wir haben Wort gehalten: Frieden schaffen
mit weniger Waffen | Seite 12 |
| 5. Wichtigster Partner des Rates für
Gegenseitige Wirtschaftshilfe
in Handel und wirtschaftlicher Zusammenarbeit | Seite 15 |
| 6. Umweltschutz:
Erstmals fest im West-Ost-Dialog verankert | Seite 19 |
| 7. Wir haben die technologische und wissenschaftliche
Zusammenarbeit mit den RGW-Staaten gefördert | Seite 21 |

1. Unser Kurs in der Friedenspolitik ist erfolgreich

Der erfolgreiche Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau ist ein eindrucksvoller Beweis für die Richtigkeit und Konsequenz der Friedenspolitik gegenüber den Staaten Ost- und Südosteuropas, die die CDU seit Anfang der achtziger Jahre betreibt. Berechenbarkeit, Standfestigkeit und Dialogbereitschaft sind die Grundlagen dieser Politik, die dazu geführt hat, daß wir

- heute von allen westlichen Staaten das dichteste Netz von Beziehungen mit den Staaten des Warschauer Paktes unterhalten,
- uns heute inmitten grundlegender Weichenstellungen für den weiteren Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mit den Staaten in Ost- und Südosteuropa befinden,
- unserem Ziel, durch Abrüstung Frieden zu schaffen mit weniger Waffen, entscheidend nähergekommen sind.

Nicht eine „Eiszeit“ oder ein „neuer Kalter Krieg“, wie dies führende Sozialdemokraten noch vor wenigen Jahren prophezeiten, kennzeichnen nach sechs Jahren christlich-demokratischer Friedenspolitik die Beziehungen zwischen West und Ost, sondern heute herrscht in Europa:

- stabiler Frieden,
- größere Sicherheit,
- intensivere Zusammenarbeit,
- mehr Vertrauen und Menschlichkeit.

Diese Bilanz beweist, daß im Oktober 1982, als die Regierung Helmut Kohl die Verantwortung übernahm, nicht nur eine innenpolitische, sondern auch eine außenpolitische Richtungsentscheidung durchgesetzt wurde, die Voraussetzung für unsere Erfolge in der Außen- und Entspannungspolitik war. Am Ende der Regierung Helmut Schmidt befand sich die Bundesrepublik Deutschland in einer tiefen außenpolitischen Krise, die die Sozialdemokraten verursacht hatten:

- Das Vertrauen in die Berechenbarkeit deutscher Außenpolitik war verlorengegangen,
- im westlichen Bündnis hatten die Sozialdemokraten durch ihre Opposition gegen den NATO-Doppelbeschuß die Bundesrepublik Deutschland isoliert,
- in der Ost- und Entspannungspolitik war die SPD-Regierung handlungsunfähig geworden — zum Schaden deutscher Interessen.

Deshalb war der Regierungswechsel 1982 auch notwendig, um die deutsche Außenpolitik aus der Krise herauszuführen und deutsche Interessen international wieder kraftvoll zu vertreten. Die Regierung Helmut Kohl hat die Bundesrepublik Deutschland weltweit wieder zu einem geachteten und berechenbaren Partner gemacht. Heute sind wir ein Staat mit großem internationalem Gewicht. Nicht nur im West-Ost-Dialog, sondern in der

gesamten Außenpolitik kann Bundeskanzler Helmut Kohl auf eine eindrucksvolle Bilanz verweisen:

- das Atlantische Bündnis ist gefestigt und der Schulterschluß mit unseren amerikanischen Freunden wiederhergestellt,
- Zweifel an der Verlässlichkeit und Bündnistreue der Deutschen sind beseitigt,
- die Freundschaft mit Frankreich ist tiefer als je zuvor und durch enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit untermauert,
- die europäische Einigung ist mit neuen kräftigen Impulsen belebt.

Aber auch unsere Beziehungen zu unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn wurden dynamisch ausgebaut. Dies zeigt auch unsere Vertragspolitik mit den Staaten des Warschauer Paktes: Seit dem 1. Januar 1986 gab es mehr als 20 Verträge, Abkommen und Vereinbarungen mit der Sowjetunion, Ungarn, der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien. Neue Abkommen mit der Sowjetunion sind jetzt hinzugekommen.

Ohne die Verankerung unserer Politik in einem gestärkten Bündnis wären die Erfolge der Regierung Helmut Kohl in den West-Ost-Beziehungen nicht möglich gewesen. Deshalb bleibt eine dynamische Westpolitik unverzichtbare Voraussetzung für die Intensivierung des Dialoges mit dem Osten.

Zusammenarbeit und Vertrauensbildung zwischen West und Ost sowie weitere Fortschritte unserer Politik der guten Nachbarschaft bleiben auf unser Ziel ausgerichtet, in ganz Europa eine freiheitliche, gerechte und dauerhafte Friedensordnung zu verwirklichen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Menschenrechte achtet, den Gewaltverzicht garantiert und langfristig die Spaltung Europas überwindet. Auf diesem Weg haben wir durch den klaren Kurs der Politik der Regierung Helmut Kohl bereits wichtige Etappen zurückgelegt.

2. Spürbare Fortschritte zugunsten der Menschen im geteilten Europa erreicht

Für die CDU und die von ihr geführte Bundesregierung ist die Achtung der Menschenrechte unerlässliche Voraussetzung friedlichen Zusammenlebens. In unseren Beziehungen und in unserem Dialog mit unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn stehen deshalb die Menschenrechte im Brennpunkt. Dies hat die CDU-geführte Bundesregierung bei allen Gesprächen in den vergangenen Jahren immer wieder mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Dieser Einsatz hat sich gelohnt. Wenngleich die Lage der Menschenrechte in den osteuropäischen Staaten noch immer unterschiedlich ist, ist doch erkennbar, daß in verschiedenen Staaten wichtige Schritte zur Verbesserung der Menschenrechte erreicht wurden.

Seitdem in den meisten Staaten des Warschauer Paktes eine Reformpolitik begonnen hat, regt sich dort nach Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft

ein neuer Geist, der nach Freiheit, mehr Demokratie, Gerechtigkeit und Menschenrechten ruft.

Die CDU mißt die Umgestaltungspolitik in den Staaten des Warschauer Paktes daran, inwieweit sie Würde und Rechte der Menschen achtet, ihren individuellen Entfaltungsmöglichkeiten neue Freiräume eröffnet und inwieweit sich die Lebensbedingungen der Menschen verbessern.

In diesem Sinne hat Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 18. März 1987 unterstrichen:

„Unser Kriterium für echte Fortschritte in den West-Ost-Beziehungen ist und bleibt die Lage der Menschen in unserem geteilten Volk und auf unserem Kontinent.“

Wir haben größere Freizügigkeit und mehr menschliche Begegnungen erreicht

Für die CDU-geführte Bundesregierung ist ein wichtiger Ansatzpunkt ihrer Politik aktiver Friedenssicherung, menschliche Bindungen über politische Grenzen und auch ideologische Gräben hinweg zu vertiefen. Die Verbesserung der menschlichen Bindungen ist ein entscheidender Gradmesser der Gesamtbeziehungen: denn hier geht es um Menschen, um Familien, um Schicksale. Dieser Regierung sind greifbare Ergebnisse für die Menschen wichtiger als feierliche Deklarationen.

Höchste Aussiedlerzahl seit Jahrzehnten

Verfassungsgebot und ungebrochenes Zusammengehörigkeitsgefühl gebieten, daß wir uns in besonderem Maße auch der Deutschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa annehmen. Viele wollen frei sein und wieder als Deutsche unter Deutschen leben. Seit Konrad Adenauer bemühten sich deshalb alle Bundesregierungen immer wieder, zumeist vergeblich, die versprengten und getrennten Deutschen im Osten, so wie sie es wünschten, mit ihren Verwandten im Westen zusammenzuführen. Es gelang nur in Ausnahmefällen, scheiterte meist an der ablehnenden Haltung der osteuropäischen Staaten, die ihre deutschen Minderheiten als Druckmittel und Faustpfand betrachteten.

Die Staaten in Ost- und Südosteuropa wissen, daß die CDU-geführte Bundesregierung der Behandlung der Deutschen in diesen Staaten einen besonderen Stellenwert beimißt. Im Zuge des Ausbaus der zwischenstaatlichen Beziehungen wird deshalb seit Anfang 1987 die Ausreise der Deutschen großzügiger gehandhabt. Bereits 1987 war die Zahl der Aussiedler mit mehr als 86000 Personen die höchste seit 1958 und doppelt so hoch wie 1986. 1988 wird sich diese Zahl mehr als noch einmal verdoppeln: in den ersten neun Monaten des Jahres 1988 haben sich insgesamt 150000 Aussiedler in den Aufnahmestellen gemeldet. Bei dieser Entwicklung ist von

200000 Aussiedlern 1988 auszugehen; auch für 1989 und 1990 muß von einer etwa gleichhohen Zahl ausgegangen werden. Das Durchschnittsalter der deutschen Aussiedler liegt deutlich unter 45 Jahren, nur ein Viertel aller Aussiedler sind älter.

Besonders hervorzuheben ist, daß dabei die Zahl der Aussiedler aus der Sowjetunion von knapp 700 (1987) auf über 30000 (Januar bis September 1988) um das Fünfundzwanzigfache sprunghaft angestiegen ist; das ist die höchste Zahl seit 1950. Aus Polen kamen über 90000 und aus Rumänien über 10000 Menschen in die Bundesrepublik Deutschland.

Diese beachtlichen Ausreisezahlen sind nicht zuletzt auch ein Erfolg der Bemühungen der Regierung Helmut Kohl, die sich immer für eine großzügigere Ausreisepraxis eingesetzt hat.

Wir haben die Lage der Deutschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa verbessert

Die CDU-geführte Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß allen nationalen Minderheiten und Volksgruppen, auch den Deutschen, die ihnen zustehenden Rechte gewährt werden. Hier haben die ständigen Bemühungen der Regierung Helmut Kohl bereits zu wichtigen Verbesserungen für die Menschen geführt.

Besonders erfreulich ist die Entwicklung in Ungarn. Mit dem Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl im Juni 1984 trat ein entscheidender Wandel zugunsten der Lage der deutschen Minderheit in Ungarn ein. Diese positive Entwicklung wurde verstärkt bis heute fortgesetzt.

Veröffentlichungen ungarischer Verlage in deutscher Sprache sowie deutschsprachige Zeitungen und Zeitschriften sind Beweise für die neue Nationalitätenpolitik der ungarischen Regierung, zu der auch die Förderung der deutschen Sprache durch den Aus- und Neubau von zweisprachigen Schulen gehört.

Durch eine im Herbst 1985 gegründete deutschsprachige Minderheiten-Vereinigung, die „Lenau-Gesellschaft“, haben die rund 220000 Ungarn-Deutschen nun auch Gelegenheit, internationale Beziehungen aufzunehmen.

Im Oktober 1987 haben Bundeskanzler Helmut Kohl und der ungarische Ministerpräsident Karoly Grosz in Bonn eine beispielhafte Vereinbarung unterzeichnet, wonach die Bundesrepublik Deutschland die Kulturarbeit der deutschen Minderheit in Ungarn in so wichtigen Bereichen wie Ausbildung — und das gilt vom Kindergarten bis hin zur Universität — und der Förderung der deutschen Sprache sowie im Ausbau eines deutschsprachigen Theaters und kultureller Zentren für diese Minderheit unterstützen wird. Diese Vereinbarung mit Ungarn ist zukunftsweisend für das, was trotz gegensätzlicher politischer und gesellschaftlicher Ordnungen im Interesse der

Menschen möglich ist, wenn der politische Wille zum fairen Interessenausgleich dahintersteht.

Auch in der **Sowjetunion** gibt es Anzeichen dafür, daß sie die Lage der Deutschen im Lande verbessern will. Nach wie vor bedürfen die Deutschen in der Sowjetunion jedoch unserer besonderen Hilfe und vollen Solidarität. Wir wollen in erster Linie, daß ihre Lebensbedingungen verbessert werden, daß sie ihre Kultur, ihre Sprache, ihr Brauchtum und ihre Religion ungehindert pflegen und ausüben können.

Besonders im **deutsch-polnischen Verhältnis** ist die Frage der dort lebenden Menschen deutscher Volkszugehörigkeit bisher ein schwieriges Thema. Während die polnische Staatsführung bisher die Existenz einer deutschen Minderheit strikt leugnete, gibt es neuerdings Anzeichen dafür, daß sich in der Minderheitenpolitik ein Umdenken abzeichnet.

In **Rumänien** gilt unseren Landsleuten, den Siebenbürger Sachsen, den Banater und Sathmarer Schwaben unsere herzliche Verbundenheit. Wir werden nicht nachlassen in unseren Bemühungen, ihre Lage zu erleichtern. Die Bundesregierung unterstützt nach Kräften die Rumäniendeutschen, und zwar unabhängig davon, ob sie ausreisen oder bleiben wollen.

Mehr menschliche Begegnungen durch günstige Entwicklung des Reiseverkehrs

Der Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas hat sich ebenfalls positiv entwickelt. Seit 1982 ist ein drastischer Anstieg der Besucherzahlen festzustellen.

Besonders günstig hat sich der Reiseverkehr mit Ungarn entwickelt: Im Vergleich zu 1970 hat er sich in Richtung Ungarn mehr als vervierfacht, in Richtung Bundesrepublik Deutschland mehr als verdoppelt. 1987 haben etwa eine Million Bundesbürger Ungarn und etwa 210000 Ungarn die Bundesrepublik Deutschland besucht. 1988 werden es voraussichtlich 300000 Ungarn sein, die unser Land besuchen. Die Bundesregierung hat einen wichtigen ungarischen Schritt zu mehr Freizügigkeit mit Sichtvermerkserleichterungen honoriert: ab 1. Januar 1988 erhält jeder ungarische Bürger seinen Reisepaß auf Dauer und kann damit nach freiem Ermessen und nach Belieben oft ins Ausland reisen.

Auch in den anderen osteuropäischen Staaten geht die Entwicklung in Richtung mehr Freizügigkeit. **Polen** zeigt zunehmende Großzügigkeit bei der Genehmigung von Auslandsreisen: 1987 konnten über eine halbe Million Polen in die Bundesrepublik Deutschland reisen; diese Zahl wurde 1988 bereits nach neun Monaten übertrffen. **Bulgarien** plant ein neues Paßgesetz, das Auslandsreisen erleichtern soll. **Sowjetbürger** dürfen jetzt nicht mehr nur zu Verwandtenbesuchen ausreisen. Die Anzahl der Reisen aus der Sowjetunion ist von 8925 (1986) auf 15864 (1987) angestiegen. Ganz andere

Dimensionen hat der Reiseverkehr mit der Tschechoslowakei: So stieg allein zwischen 1983 und 1986 die Zahl der Reisenden aus der ČSSR um mehr als 53 Prozent auf etwa 133000 an. 1987 besuchten 170000 Tschechoslowaken die Bundesrepublik Deutschland, während umgekehrt etwa eine halbe Million Bundesbürger in die Tschechoslowakei reisten.

Der wachsende Jugendaustausch überwindet Grenzen und dient der Verständigung

Auch der Jugendaustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und osteuropäischen Staaten gewinnt immer mehr an Bedeutung. Jährlich nehmen je 1000 **Jugendliche aus der Sowjetunion** und der Bundesrepublik Deutschland an einem devisenfreien Jugendaustausch teil; jährlich reisen zudem rund 8000 deutsche Jugendliche als Touristen in die Sowjetunion.

Der **Jugendaustausch mit Polen** ist der intensivste zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einem osteuropäischen Staat. Jährlich reisen etwa 3000 Jugendliche aus der Bundesrepublik Deutschland nach Polen, umgekehrt kommen etwa 2000 polnische Jugendliche. Die mit deutschen Geldern erbaute und im Dezember 1986 in Auschwitz eingeweihte Jugendbegegnungsstätte hatte bereits im ersten Jahr ihrer Tätigkeit rund 1300 Gäste, zumeist Jugendgruppen aus der Bundesrepublik Deutschland und Polen. Der aktiven Beteiligung der jungen Generation beider Länder kommt bei dem historischen Prozeß der Verständigung eine wesentliche Bedeutung zu.

Erfreulich ist, daß Polen nach langem Zögern bereit ist, den wiederholt vorgetragenen Vorschlag von Bundeskanzler Helmut Kohl, ein deutsch-polnischen Jugendwerk ins Leben zu rufen, aufzugreifen. Im Juli und September 1988 fanden erste Verhandlungen zur Errichtung des deutsch-polnischen Jugendrates statt.

Im November 1987 wurde eine Vereinbarung über den **deutsch-ungarischen Jugendaustausch** unterzeichnet. Danach soll der Jugendaustausch zwischen beiden Staaten in den nächsten drei bis vier Jahren „mindestens verdoppelt“ werden. 1986 haben 3000 Jugendliche aus beiden Staaten an insgesamt 100 Programmen teilgenommen.

Städtepartnerschaften fördern das gegenseitige Verständnis und schaffen Gemeinsamkeiten zwischen den Bürgern

Partnerschaften sollen das gegenseitige Verständnis fördern, Gemeinsamkeiten schaffen und vertiefen sowie persönliche Verbindungen zwischen den Bürgern verschiedener Staaten herstellen. In diesem Sinne hat die CDU-geführte Bundesregierung Partnerschaften mit Städten in osteuropäischen Staaten stets gefördert.

Mit der **Sowjetunion** bestehen inzwischen (Oktober 1988) 25 Städtepartnerschaften. Bei Antritt der Regierung Kohl 1982 gab es nur den 1975 geschlossenen Partnerschaftsvertrag zwischen Saarbrücken und Tiflis. Noch in diesem Jahr gehen möglicherweise Köln und das sowjetische Wolgograd (früher Stalingrad) die 26. Städtepartnerschaft ein. Seit 1987 gibt es zwischen dem Saarland und der Sowjetrepublik Georgien auch eine „Länderpartnerschaft“. Hessen und Armenien sowie Nordrhein-Westfalen und die russische Sowjetrepublik (RSFSR) verhandeln.

Zwischen Kommunen in der **Tschechoslowakei** und der Bundesrepublik Deutschland ist es bisher zu vier Partnerschaften gekommen. Die ČSSR hat wiederholt ihr grundsätzliches Interesse am Abschluß weiterer Partnerschaftsverträge betont: sieben weitere kommunale Vereinbarungen sind in Vorbereitung (Oktober 1988). Zu Beginn der Regierung Helmut Kohl gab es erst eine Partnerschaft mit einer Stadt in der ČSSR (Wuppertal – Kosice).

Ähnliches gilt für **Ungarn**: 1982 gab es nur die Kommunalverbindung zwischen dem ungarischen Dorf Hajos und der Stadt Herrlingen. Mittlerweile bestehen 15 Städtepartnerschaften. In Budapest und Stuttgart sind jeweils Stiftungen gegründet worden, über die offizielle Städtepartnerschaften abgewickelt werden. Die Bereitschaft zu weiteren Partnerschaften ist nach Auffassung des ungarischen Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Istvan Horvath, sehr groß, denn: „Kein Land liebt die Deutschen so wie die Ungarn“. 14 weitere Kontakte im Kommunalbereich sind in Vorbereitung (Oktober 1988).

Die meisten Partnerschaften deutscher Städte in Richtung Osten gibt es mit **Jugoslawien**, nämlich 32 (September 1987). Erste Anzeichen für eine deutsch-bulgarische Städtepartnerschaft sind Kontakte zwischen Passau und Russe. Mit Städten in **Polen** gibt es inzwischen acht Partnerschaften (Oktober 1988), weitere sind in Vorbereitung.

Festzustellen bleibt: fast alle Städteverbindungen mit mittel- und osteuropäischen Staaten, die bald die Hundert überschreiten werden, sind seit Antritt der Regierung Helmut Kohl abgeschlossen worden. Sie fügen sich ein in die auf Förderung von Freizügigkeit und menschlicher Begegnung ausgerichtete, humanitären Zielen dienende Politik der CDU-geführten Bundesregierung.

3. Noch nie waren die Kulturbeziehungen zu Ost- und Südosteuropa enger und vielgestaltiger

Die kulturelle Zusammenarbeit mit den Staaten Ost- und Südosteupas hat heute eine beispiellose Dichte erreicht. Durch verstärkte kulturelle Zusammenarbeit wollen wir den Dialog mit den Staaten des Warschauer Paktes weiter ausbauen und unsere Politik der guten Nachbarschaft

fortsetzen. Europäische Geschichte und Kultur sind über die Grenzen gegensätzlicher Gesellschaftsordnungen hinweg unser gemeinsames Erbe und unsere gemeinsame Zukunft. Durch Austausch in Wissenschaft und Kultur, durch menschliche Kontakte und Begegnungen der Jugend bauen wir Brücken zwischen den Völkern in West und Ost. Der Ausbau der kulturellen Beziehungen ist ein wichtiger Beitrag zur Schaffung einer Europäischen Friedensordnung, in der alle Europäer in gemeinsamer Freiheit miteinander leben.

Deutsch-sowjetische Kulturbeziehungen: Neubeginn unter der Regierung Helmut Kohl

Seit 1973 existiert ein deutsch-sowjetisches Kulturabkommen, das aber wegen Streitigkeiten über die Einbeziehung Berlins mehr als zehn Jahre brach lag. Erst die Regierung Helmut Kohl brachte 1986 die Gespräche der Gemischten Kulturkommission wieder in Gang. Während des Kanzlerbesuches in Moskau im Oktober 1988 kam es erstmals wieder zur Unterzeichnung eines Zweijahresprogramms, das auch die Einbeziehung Berlins voll sichert.

Das Kulturprogramm sieht unter anderem folgendes vor:

- Die Stipendien im Bereich Hochschule und Wissenschaft zu verdreifachen, die Hochschulpartnerschaften und die Zusammenarbeit wissenschaftlicher Forschungsinstitute zu verstärken. Bisher durften von sowjetischer Seite aus nur graduierte Studenten an einem Austausch teilnehmen. Pro Jahr nahmen bisher 20 bis 30 graduierte Studenten an einem Einjahresaufenthalt teil.
- Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Aus- und Fortbildung
- Schulpartnerschaften, Schüler- und Lehreraustausch zu verstärken
- Städtepartnerschaften zu fördern. Bisher gibt es 25 Partnerschaften zwischen Regionen oder Städten mit der Sowjetunion.
- Den Jugendaustausch zu fördern. Bisher nahmen jährlich je 1 000 Jugendliche aus beiden Ländern an einem devisenfreien Jugendaustausch teil. Jährlich reisen rund 8 000 deutsche Jugendliche als Touristen in die Sowjetunion.
- Kulturelle Projekte im Bereich von Musik, Theater und bildender Kunst durchzuführen.

Bei seinem Besuch in Moskau setzte sich Bundeskanzler Helmut Kohl für den Austausch von Kulturinstituten ein. Die Verhandlungen über die Errichtung eines Goethe-Instituts in Moskau werden fortgeführt.

Auch auf anderen Gebieten haben sich die kulturellen Beziehungen positiv entwickelt. Die Sowjetunion ist mit Gastspielen, Konzerten, Ausstellungen und Filmwochen bei uns in starkem Maße vertreten. Die kulturelle Präsenz der Bundesrepublik Deutschland in der Sowjetunion hat sich in den letzten Jahren verbessert. Im Januar 1989 finden die Theatertage der Bundesrepublik Deutschland in Moskau statt, für 1989 sind gegenseitige Filmwochen geplant,

und alle zwei Jahre beteiligen wir uns an der internationalen Buchmesse in Moskau.

Vorbildliche deutsch-ungarische Kulturbeziehungen

Die deutsch-ungarischen Kulturbeziehungen erleben derzeit einen Höhepunkt. Obwohl seit 1977 ein Kulturabkommen bestand, wurde erstmals 1987 ein Zweijahres-Programm unter Einbeziehung Berlins vereinbart. Seitdem entwickeln sich die deutsch-ungarischen Kulturbeziehungen vorbildlich. So fand im Frühjahr 1988 die dritte Kulturwoche der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn statt, am 10. März 1988 wurde das „Kultur- und Informationszentrum der Bundesrepublik Deutschland“ in Budapest eröffnet.

Beispielhaft sind die Vereinbarungen, die die Regierung Helmut Kohl zur Förderung der deutschen Minderheit in Ungarn erreicht hat. Mit zwei Millionen Mark finanziert die Bundesregierung die von Ungarn sämtlich akzeptierten Projekte zur Förderung der deutschen Sprache und der deutschen Minderheit in Ungarn. Die Vorhaben betreffen die Aus- und Fortbildung von Lehrern und Kindergartenlehrerinnen, die Entsendung von zwei Lehrern und vier Lektoren, Stipendien sowie Lehr- und Lernmittelpenden. Auch im Jugendaustausch verläuft die Entwicklung positiv. 1987 wurde eine Übereinkunft zum deutsch-ungarischen Jugendaustausch getroffen. Noch im Herbst dieses Jahres wird die erste Sitzung hierzu stattfinden.

Es ist Ziel unserer Politik, dieses vorbildliche Modell kultureller Zusammenarbeit mit Ungarn auf die übrigen Staaten des Warschauer Paktes auszudehnen.

Deutsch-tschechoslowakische Kulturbeziehungen im Aufschwung

Obwohl bereits seit 1978 ein deutsch-tschechoslowakisches Kulturabkommen existiert, gelang es erst der Regierung Helmut Kohl, seit 1982 jährlich gemeinsame Kulturkonsultationen durchzuführen. Dabei wurde 1987 erstmals ein Arbeitsprotokoll unterzeichnet. Die nächsten Konsultationen sind für den Herbst dieses Jahres in Prag vorgesehen.

Die deutsch-tschechoslowakischen Kulturbeziehungen befinden sich zur Zeit deutlich im Aufschwung. So fand 1987 die zweite Kulturwoche der Bundesrepublik Deutschland in der Tschechoslowakei statt, für 1989 ist die zweite Kulturwoche der Tschechoslowakei in der Bundesrepublik Deutschland geplant. Regelmäßig beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland an den alljährlichen Spiel- und Dokumentarfilmfestivals in der Tschechoslowakei. 1989/90 findet der zweite Filmwochenauftausch in beiden Ländern statt.

Auch die Beziehungen zwischen Wissenschaftlern und Hochschulen haben sich positiv entwickelt. Es gibt zur Zeit fünf Hochschulpartnerschaften, der Deutsche Akademische Austauschdienst, die Deutsche

Forschungsgemeinschaft und die Alexander-von-Humboldt-Stiftung fördern den wissenschaftlichen Austausch.

Wiederbelebung der deutsch-polnischen Kulturbeziehungen

Seit 1979 gab es wegen Schwierigkeiten bei der Einbeziehung Berlins in den Kultauraustausch keine kulturpolitischen Konsultationen mit Polen mehr. Sie kamen erst unter der Regierung Helmut Kohl im Jahre 1985 wieder zustande. Die nächsten Konsultationen sollen im November 1988 in Warschau stattfinden.

Nach einem Einbruch des Kultauraustausches durch die Krise in Polen konnten die deutsch-polnischen Kulturbeziehungen wiederbelebt werden. Im Oktober 1988 fand die erste Kulturwoche der Bundesrepublik Deutschland in Polen statt. Auf Anregung von Bundeskanzler Helmut Kohl, einen deutsch-polnischen Jugendaustausch ins Leben zu rufen, fanden im Juli und September 1988 erste Verhandlungen zur Errichtung eines deutsch-polnischen Jugendrates statt. Auch zur Verstärkung des Austausches im Bereich Wissenschaft, Hochschule, Schüler- und Studentenaustausch laufen bereits Verhandlungen mit Polen.

Zur Errichtung eines Goethe-Institutes in Warschau haben wir erste Abkommensentwürfe erreicht. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt regelmäßig an der internationalen Buchmesse in Warschau, am internationalen Theatertreffen in Warschau und am Musikfestival in Breslau teil. Die letzten Filmwochen fanden 1987/88 statt sowie 1987 ein deutsch-polnisches Autorentreffen.

Deutsch-rumänische Kulturbeziehungen unter schwierigen Bedingungen fortgeführt

Ein deutsch-rumänisches Kulturabkommen wurde 1973 abgeschlossen. 1979 wurde in Bukarest das erste Goethe-Institut der Bundesrepublik Deutschland in einem Staat des Warschauer Paktes eröffnet. Obwohl sich die kulturellen Beziehungen seit Mitte der siebziger Jahre verschlechtert haben, sorgte die Regierung Helmut Kohl durch eine „ergänzende Vereinbarung“ vom November 1982 dafür, daß der Fortbestand unseres Kulturinstituts in Rumänien gesichert wurde. Bei den letzten Verhandlungen des Kulturausschusses konnte die Fortführung des sechsten Austauschprogramms erzielt werden.

Ein großer Erfolg war die zweite deutsche Kulturwoche in Rumänien 1985. Ihr folgte 1987 eine rumänische Kulturwoche in der Bundesrepublik Deutschland. Unsere Kulturarbeit für die deutsche Minderheit in Rumänien verläuft unter schwierigen Bedingungen. Mit Sachspenden, unentgeltlichem Buch- und Zeitschriftenversand und der Entsendung von zur Zeit zwei Lektoren an rumänische Hochschulen bemühen wir uns, die deutsche

Minderheit sprachlich und kulturell zu fördern. Auch der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Hochschule sowie im Jugendaustausch sind aufgrund des starren Denkens der rumänischen Behörden engere Grenzen gesetzt.

Vertiefung der deutsch-bulgarischen Kulturbeziehungen

Obwohl schon 1975 das deutsch-bulgarische Kulturabkommen unterzeichnet wurde, gab es aufgrund der Berlin-Problematik bisher kein kulturelles Zweijahresprogramm. Erst der Regierung Helmut Kohl gelang es 1987, ein Durchführungsprogramm für die deutsch-bulgarische kulturelle Zusammenarbeit für die Jahre 1988/89 auszuhandeln. Nach langjährigen Verhandlungen wurde im Sommer 1987 ein Vertragsentwurf über den Austausch von Kulturinstituten angefertigt. Voraussichtlich wird anlässlich des Staatsbesuches von Bundespräsident Richard von Weizsäcker im November 1988 in Bulgarien das Abkommen über die gegenseitige Errichtung von Kulturinstituten unterzeichnet.

Im kulturellen Austausch besteht ein Ungleichgewicht zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland, doch könnten Öffnungstendenzen auf bulgarischer Seite in Zukunft zu ausgewogenen kulturellen Beziehungen führen. 1986 fand die zweite erfolgreiche Kulturwoche der Bundesrepublik Deutschland in Sofia und Russe statt, ihr folgte im Herbst 1988 eine bulgarische Kulturwoche in der Bundesrepublik Deutschland. Für Januar 1989 ist eine deutsche Filmwoche in Bulgarien geplant. Im Rahmen des Schriftstellaustausches nehmen deutsche Autoren regelmäßig an den alle zwei Jahre stattfindenden internationalen Autorentreffen in Sofia teil. Im Bereich Wissenschaft und Bildung entwickelt sich die Zusammenarbeit mit Bulgarien positiv. Die Carl-Duisberg-Gesellschaft, der Deutsche Akademische Austauschdienst, die Alexander-von-Humboldt-Stiftung und Hochschulpartnerschaften fördern den wissenschaftlichen Dialog.

4. Wir haben Wort gehalten: Frieden schaffen mit weniger Waffen

Abrüstung gehört zu den wichtigen Zielen christlich-demokratischer Außen- und Sicherheitspolitik. Wir wollen durch Rüstungskontrolle und Abrüstung zu einem stabilen Frieden mit weniger Waffen und mehr Sicherheit in Europa gelangen.

Auf diesem Weg hat die Regierung Helmut Kohl von Beginn an entscheidende Beiträge geleistet. Sie hat mit der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses einen Fahrplan zur Abrüstung geschaffen und durch zahlreiche Initiativen im Bündnis den weiteren Gang der West-Ost-Abrüstungsverhandlungen vorangetrieben.

Die Regierung Helmut Kohl hat deshalb entscheidenden Anteil daran, daß

die Abrüstungspolitik in den vergangenen Jahren einer der zentralen und besonders erfolgreichen Bereiche der West-Ost-Beziehungen geworden ist.

Das INF-Abkommen: Historischer Durchbruch zu wirklicher Abrüstung

Weltweit werden heute die atomaren Mittelstreckenraketen der Sowjetunion und der USA verschrottet: Dies wurde am 8. Dezember 1987 durch den INF-Vertrag in Washington besiegt.

Damit ist ein historischer Durchbruch zu wirklicher Abrüstung gelungen. Die Regierung Helmut Kohl hat an diesem großen politischen Erfolg maßgeblichen Anteil:

- sie hat sich von Anfang an für die Wiederaufnahme des Abrüstungsdialogs mit der Sowjetunion eingesetzt, um die sowjetische Abrüstungsbereitschaft am Verhandlungstisch zu testen,
- sie hat durch die Festigkeit bei der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses und die Entscheidung des Bundeskanzlers über die Pershing Ia-Raketen den Durchbruch zum Verhandlungserfolg ermöglicht und damit in West und Ost Anerkennung gefunden.

Die weltweite Beseitigung der atomaren Mittelstreckenraketen zeigt: Wir nehmen unser Ziel ernst, Frieden zu schaffen mit weniger Waffen. Denn erstmals in der Geschichte der Abrüstung werden moderne und voll funktionsfähige Atomwaffen verschrottet.

Heute niedrigster Stand der westlichen Nuklearrüstung in Europa seit 20 Jahren

Unserer Initiative im Bündnis ist es zu verdanken, daß wir durch den 1980 in Luxemburg und 1983 in Montebello beschlossenen und inzwischen vollzogenen Abzug von 2 400 Atomwaffen aus Westeuropa heute bei uns den niedrigsten Stand der Nuklearrüstung seit mehr als 20 Jahren erreicht haben.

Wir wollen diesen Weg weitergehen: Nukleare Waffen in Europa müssen auf das quantitativ wie qualitativ erforderliche Mindestmaß beschränkt werden. Die europäische Nachkriegsgeschichte beweist aber auch, daß die nukleare Abschreckung ein zuverlässiges Mittel der Kriegsverhütung ist. Deshalb ist eine Abschaffung aller Atomwaffen in Europa mit der Sicherheit des freien Europas unvereinbar.

Wir haben die militärische Vertrauensbildung gestärkt

Ziel unserer Politik bleibt die Schaffung einer Europäischen Friedensordnung, in der die Staaten Europas ohne Furcht voreinander und in friedlichem Wettbewerb miteinander leben können. Die militärische

Vertrauensbildung zwischen West und Ost ist dabei eine besondere Voraussetzung: Sie soll die Gefahr von bewaffneten Konflikten sowie von Mißverständnissen oder Fehleinschätzungen militärischer Aktivitäten verringern.

Die Regierung Helmut Kohl hat hierzu, zum Teil gemeinsam mit der französischen Regierung, neue Initiativen ergriffen und Vorschläge unterbreitet.

Sie hat vor allem am Zustandekommen und dem erfolgreichen Abschluß der Stockholmer Konferenz über Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) am 19. September 1986 wesentlichen Anteil.

Das KVAE-Dokument von Stockholm enthält erstmals in der Abrüstungsgeschichte:

— eine umfassende Regelung für Inspektionen am Boden und aus der Luft, um die Einhaltung des Abkommens zu überprüfen. Hierauf hatte sich die Sowjetunion vorher nie eingelassen.

— Die Pflicht zur Ankündigung von Manövern und zur Einladung von Beobachtern sowie die Pflicht zum Austausch von Jahresübersichten über geplante militärische Aktivitäten, die eine vereinbarte Größenordnung überschreiten.

Mit diesen neuen Regelungen wurde das KVAE-Dokument zu einer der wichtigsten militärischen vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen West und Ost.

Weltweite Ächtung und Abschaffung der chemischen Waffen bleiben unser Ziel

Die Regierung Helmut Kohl hat sich mit allem Nachdruck für die weltweite Ächtung und Vernichtung aller C-Waffen eingesetzt:

— Die Bundesregierung hat die westlichen Vorschläge bei den Genfer Verhandlungen über das weltweite Verbot chemischer Waffen maßgeblich mitbestimmt und am 8. August 1985 Vorschläge zur Lösung des Problems der Überprüfung eines weltweiten, umfassenden und zuverlässig kontrollierbaren Verbots aller chemischen Waffen vorgelegt.

— Durch die Vereinbarung zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident Ronald Reagan vom Mai 1986 in Tokio werden die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland lagernden chemischen Waffen bis 1992 vollständig beseitigt.

Unser Ziel ist der baldmögliche Abschluß eines Vertrages über das weltweite Verbot chemischer Waffen unter wirksamer internationaler Kontrolle.

Wir haben die Initiative für konventionelle Abrüstung vom Atlantik bis zum Ural ergriffen

Die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes ist der Kern der europäischen Sicherheitsproblematik. Deshalb ist es unser Ziel, die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes zu beseitigen und konventionelle Stabilität in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural herzustellen. Und dies heißt: Der Warschauer Pakt muß mehr Panzer, Artillerie und Flugzeuge verschrotten als der Westen. Denn wer mehr hat, muß auch mehr abrüsten.

Die Bundesregierung ist seit mehr als zwei Jahren die treibende Kraft im Bündnis, um die Verhandlungen über konventionelle Abrüstung in Europa zu ermöglichen:

- Sie hat zusammen mit Frankreich am 28. Januar 1986 den Vorschlag unterbreitet, Stabilität vom Atlantik bis zum Ural herzustellen. Damit hat sie den geographischen Rahmen dieser Verhandlungen mitbestimmt.
- Die Bundesregierung hat entscheidend dazu beigetragen, daß auf Einladung der NATO seit dem 17. Februar 1987 in Wien Gespräche über ein Mandat für Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa stattfinden. Diese Gespräche stehen kurz vor dem erfolgreichen Abschluß.
- Die Bundesregierung hat bereits am 18. März 1988 eigene Vorschläge für die konventionellen Abrüstungsverhandlungen erarbeitet und in das westliche Bündnis eingebracht. Sie hat damit neue Impulse für ein gemeinsames westliches Verhandlungskonzept gegeben.

Das westliche Bündnis: Grundlage erfolgreicher Abrüstungsverhandlungen

Erfolge in der Abrüstungspolitik sind im nationalen Alleingang nicht möglich. Grundlage für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen mit dem Warschauer Pakt sind gemeinsame Sicherheit und Geschlossenheit im westlichen Bündnis. Nur sie ermöglichen die Weiterentwicklung eines umfassenden Abrüstungskonzepts der NATO, das den Frieden dauerhaft sichern soll. Die Regierung Helmut Kohl wird hierbei berechenbarer, aber auch drängender Partner bleiben.

5. Wichtigster Partner des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Handel und wirtschaftlicher Zusammenarbeit

Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sind seit langem ein stabilisierendes Element in den West-Ost-Beziehungen. Das Modernisierungsprogramm, das

sich die Sowjetunion und die überwiegende Zahl ihrer Partner im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vorgenommen haben, hat neue Chancen zur Intensivierung dieser Wirtschaftsbeziehungen eröffnet. Sie bieten den Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland langfristige Perspektiven. Die Bundesrepublik Deutschland ist für die Staaten des RGW einer der wichtigsten, in einigen Fällen sogar der wichtigste, Handels- und Wirtschaftspartner aus dem Westen. Die CDU-geführte Bundesregierung hat sich in den zurückliegenden Jahren intensiv darum bemüht, die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten als tragendes Element der Gesamtbeziehungen auszubauen, neue Erfahrungen zu sammeln, neues Vertrauen zu bilden und so die Voraussetzungen für eine intensive Wirtschaftszusammenarbeit zu schaffen.

Damit konnte die vorübergehende Schwächung des West-Ost-Handels und der Wirtschaftszusammenarbeit, die durch die internen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der RGW-Länder, aber auch durch den Verfall zum Beispiel der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt verursacht wurde, zum Teil überwunden werden.

Gegenwärtig ist neuer Schwung in den Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion, zu Ungarn, der Tschechoslowakei und anderen Staaten des RGW zu verzeichnen. Dies ist auch ein Ergebnis der Wirtschafts- und Außenhandelsreformen in diesen Ländern, die mehr Warenverkehr, neue Absatzwege und verbesserte Möglichkeiten industrieller Kooperation zulassen.

Frischer Wind in den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen

Die Bundesrepublik Deutschland ist größter Westhandelspartner der Sowjetunion. Durch die Reformen in der Außenwirtschaft und die von Gorbatschow eingeleiteten Modernisierungsvorhaben der sowjetischen Volkswirtschaft, vor allem durch die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in die nach wie vor bestehende Planwirtschaft, haben sich die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland erweitert.

Mit dem Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau sind die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in ein neues Stadium getreten. Parallel zu den politischen Gesprächen wurden 16 Firmenverträge zwischen deutschen Unternehmen und sowjetischen Partnern unterzeichnet. Im Vordergrund dieser erweiterten Zusammenarbeit steht vor allem der Ausbau und die Modernisierung der sowjetischen Konsumgüterindustrie, vor allem der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie. Aber auch die Modernisierung und Erweiterung von Industrieanlagen sowie die Entwicklung von neuen Produktionsverfahren sind Felder der Kooperation. Der in Moskau unterzeichnete Vertrag über die Gewährung eines 3-Milliarden-Mark-Kredits an die Sowjetunion kommt allen diesen Vorhaben zugute.

Zukunftsträchtig für beide Seiten ist die gemeinsame Erschließung der gewaltigen Rohstoffvorkommen in der UdSSR, insbesondere auf der Halbinsel Kola und in Tymen/Westsibirien.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ebenfalls wichtigster Partner der sowjetischen Wirtschaft im Bereich der Gemeinschaftsunternehmen („joint ventures“). Von den weltweit 70 joint ventures der Sowjetunion fallen alleine 13 auf deutsche Unternehmen. Über weitere, etwa 35 Vorhaben mit deutschen Firmen, vor allem im Maschinenbau, wird zur Zeit verhandelt.

Eine entscheidende Voraussetzung erfolgreicher Wirtschaftskooperation ist die Qualität der Fach- und Führungskräfte. Deshalb hat Bundeskanzler Kohl als sichtbares Zeichen der Zusammenarbeit während seines Besuchs in Moskau ein Dreijahresprogramm für die Aus- und Fortbildung sowjetischer Fach- und Führungskräfte angeboten, das jährlich über 1000 junge sowjetische Bürger zum Studium, zur Fortbildung und zur Information in die Bundesrepublik Deutschland einlädt.

Die Intensivierung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen spiegelt sich auch im Aufschwung des Warenverkehrs. Im ersten Halbjahr 1988 stiegen die deutschen Ausfuhren um nahezu zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Besonders Erzeugnisse der Elektrotechnik (plus 19 Prozent) sowie Maschinenbauerzeugnisse (plus 50 Prozent) signalisieren den hohen Investitionsgüterbedarf der Sowjetunion.

Günstige Entwicklungen der deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen

Die Bundesrepublik Deutschland ist Ungarns zweitwichtigster Handelspartner (nach der Sowjetunion) und der wichtigste Handels- und Kooperationspartner unter den westlichen Staaten. Die im Regierungsabkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit von 1974 vorgesehene Verbesserung der Kooperation ist heute auf vielen Gebieten bereits Wirklichkeit: Vor allem die Unternehmenskooperation ist zu einem der wichtigsten Faktoren in der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit geworden. Zur Zeit bestehen rund 330 Kooperationsvereinbarungen, davon drei Viertel mit mittleren und kleineren deutschen Unternehmen. Damit steht Ungarn weit an der Spitze der Staatshandelsländer.

Ende 1987 gab es bereits 27 deutsch-ungarische Gemeinschaftsunternehmen, von denen bereits 22 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen haben.

Das unter der Regierung Helmut Kohl abgeschlossene Investitionsförderungsabkommen vom 30. April 1986 sowie das Ende 1987 abgeschlossene Abkommen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit hat den deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen ebenfalls neue Impulse verliehen.

Nachdem zwischen Ungarn und der Europäischen Gemeinschaft bereits

Sektoralabkommen im Textil- und Stahlbereich bestanden, ist Ungarn das erste Land des RGW, das mit der Europäischen Gemeinschaft ein Handelsabkommen abgeschlossen hat. Die Bundesregierung hat das ungarische Bemühen um ein solches Abkommen intensiv unterstützt. Die intensiven Bemühungen um Wirtschaftsreformen der ungarischen Führung — so sollen ab 1989 private Unternehmen den Staatsbetrieben gleichgestellt werden, ein neues Unternehmensrecht eingeführt und in Budapest die Aktienbörsé wieder belebt werden — werden weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnen.

Stabilisierung der deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen

Seit 1987 ist nach einer zeitweiligen Abschwächung in den Jahren 1983 bis 1986 in den deutsch-tschechoslowakischen Handelsbeziehungen wieder eine günstigere Entwicklung eingetreten. Die Bundesrepublik Deutschland bleibt der wichtigste westliche Wirtschafts- und Handelspartner der Tschechoslowakei.

Die Exporte aus der Bundesrepublik Deutschland in die Tschechoslowakei stiegen an, aber auch im Bereich der industriellen Kooperation hat sich seit 1987 eine Verbesserung gezeigt. So konnte vom Beginn des Jahres 1987 bis heute die Zahl der Kooperationsvereinbarungen zwischen beiden Staaten von 60 auf knapp 100 erhöht werden. Hierbei sind aus der Bundesrepublik Deutschland überwiegend mittelständische Unternehmen beteiligt, vor allem aus dem Bereich des Maschinenbaus. Weitere Impulse für eine Intensivierung der Zusammenarbeit werden unter anderem von einer Verstärkung der Drittland-Kooperation und von der Gründung von „joint ventures“ erwartet. Die neue Führung in Prag hat ein umfassendes wirtschaftliches Reformprogramm eingeleitet, von dem weitere Verbesserungen der Wirtschaftsbeziehungen ausgehen können.

Bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Bulgarien

In den letzten Jahren entwickelte sich die Bundesrepublik Deutschland zum größten Außenhandelspartner Bulgariens unter den westlichen Industrieländern. In jüngster Zeit, vor allem angesichts der Bemühungen einer Wirtschaftsreform in Bulgarien, haben sich die Bedingungen für neue Formen der Zusammenarbeit in der Wirtschaft weiter verbessert. Durch den Abschluß eines Vertrages über gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (1986) sowie durch das Regierungsabkommen über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und der technologischen Entwicklung (1988) sind weitere günstige Rahmenbedingungen geschaffen worden.

Die Industriekooperation ist vor allem auf dem Gebiet des Maschinenbaus, des Hüttenwesens, der chemischen sowie der Nahrungs- und

Genußmittelindustrie verstärkt worden. Mit der Gründung von vier gemischten Gesellschaften auf dem Gebiet der Medizintechnik, des Bauwesens, des Hebezeugbaus und des Handels sind ebenfalls moderne Kooperationsformen eingeleitet worden.

Ein wichtiger Faktor des Aufschwungs der deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen ist der Tourismus, denn alleine 100 000 Bundesbürger verbringen jährlich ihren Urlaub in Bulgarien.

6. Umweltschutz: Erstmals fest im West-Ost-Dialog verankert

Umweltverschmutzung macht an Grenzen nicht halt, daher müssen wir im Umweltschutz grenzüberschreitend handeln. Es ist deshalb vorrangiges Ziel der Regierung Helmut Kohl, die Wirksamkeit der nationalen Bemühungen im Umweltschutz durch internationale Regelungen zu erhöhen.

In der Europäischen Gemeinschaft haben wir uns als die treibende Kraft bewährt. Aber: Wirksamer gemeinsamer Umweltschutz darf sich nicht nur auf die zwölf Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft beschränken, sondern muß die übrigen Staaten in Europa mitumfassen. Im Umweltschutz sieht die CDU eine wichtige Zukunftsaufgabe im Ausbau der West-Ost-Beziehungen.

Es ist das Verdienst der Bundesregierung Helmut Kohl, daß es ihr als erste Regierung gelungen ist, auf bilateraler Ebene Umweltabkommen mit Staaten des Warschauer Paktes abzuschließen. So haben wir Abkommen zur Zusammenarbeit im Umweltschutz nicht nur mit der DDR, sondern auch mit der Tschechoslowakei und der Sowjetunion erreicht. Auch mit Polen und Ungarn haben Verhandlungen über ein Umweltenschutzabkommen erfolgreich begonnen.

Auf multilateraler Ebene kam es auf Initiative der Regierung Helmut Kohl bereits 1984 zur Münchener Umweltkonferenz, an der unter anderem die Sowjetunion, die DDR und die Tschechoslowakei teilgenommen haben. Ein wichtiger Erfolg ist auch das Ergebnis der Konferenz der Ostsee-Anrainerstaaten vom 15. Februar 1988. Hier haben sich die Umweltminister der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, der Sowjetunion, Polens sowie Dänemarks, Finnlands und Schwedens verpflichtet, bis spätestens 1995 die Schadstoffeinleitung in die Ostsee um 50 Prozent zu verringern.

Erste Umweltschutzvereinbarung mit der Tschechoslowakei

Als Folge der Münchener Umweltkonferenz konnte am 5. Oktober 1987 mit der Tschechoslowakei eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem

Gebiet des Umweltschutzes unterschrieben werden. Diese Umweltvereinbarung gilt zunächst für fünf Jahre mit der Möglichkeit einer Verlängerung für weitere fünf Jahre. Entsprechend dem Viermächteabkommen vom 3. September 1971 ist Berlin in die Vereinbarung einbezogen. Ein Zweijahresplan legt die konkreten Arbeitsprogramme fest. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind der wissenschaftliche und technische Informations- und Erfahrungsaustausch sowie Maßnahmen zum Schutz der Umwelt in den Bereichen:

- Luft- und Wasserverschmutzung. Sechs Arbeitsgruppen sollen konkrete Projekte zur Schadstoffreduzierung vorbereiten.
- Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen,
- Feststellung der Ursachen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Waldschäden,
- ökologische Beobachtung von Veränderungen in der Umwelt.

Umweltabkommen mit Moskau hat Modellcharakter

Ein entscheidender Erfolg der Regierung Helmut Kohl ist das in Moskau am 25. Oktober 1988 unterzeichnete deutsch-sowjetische Umweltabkommen. Dieses Abkommen hat Modellcharakter. Es geht inhaltlich noch über die Vereinbarungen mit der DDR und der Tschechoslowakei hinaus und betrifft alle wichtigen Bereiche des Umweltschutzes:

- Reinhaltung der Luft. Die Verschmutzung der Atmosphäre durch Industrie, Energiewirtschaft sowie Autoabgase soll verhütet werden.
- Schutz der Binnengewässer und Meere. Die Wasserqualität soll durch Bekämpfung der Wasserverschmutzung durch industrielle und kommunale Abwässer verbessert werden.
- Natur- und Bodenschutz. Durch Einrichtung von Naturschutzgebieten sollen gefährdete Tier- und Pflanzenarten geschützt werden. Die Schadstoffbelastung des Bodens soll reduziert werden.
- Verarbeitung und Verwertung von festen Haushalts- und Industrieabfällen.
- Verhinderung von Störfällen mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die Umwelt.
- Überwachung des Zustandes der Umwelt und Untersuchung der ökologischen Folgen der Umweltverschmutzung.

Das Abkommen wurde zunächst für fünf Jahre mit anschließender Verlängerungsmöglichkeit geschlossen. Der erste Dreijahresplan soll noch in diesem Jahr in Kraft treten. Die Einbeziehung Berlins ist voll gesichert. Durch Erfahrungs- und Informationsaustausch, Expertentreffen und gemeinsame Durchführung von Projekten ist die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit im Umweltschutz ein wichtiger Fortschritt im Ausbau der Ost-West-Beziehungen.

Außerdem wurde ein Abkommen über kerntechnische Sicherheit und Strahlenschutz vereinbart. Dieses Abkommen sieht

- regelmäßigen Erfahrungs- und Informationsaustausch über die Betriebssicherheit von Kernanlagen vor sowie
- frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen. Diese Regelungen sind wichtige Ergebnisse der Bestimmungen des Wiener Übereinkommens von 1986 nach dem Unfall von Tschernobyl.

7. Wir haben die technologische und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit den RGW-Staaten gefördert

Durch breit angelegte Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie hat die Regierung Helmut Kohl ein wichtiges Fundament der West-Ost-Beziehungen beständig weiter ausgebaut. Zahlreiche Abkommen und Arbeitsprogramme mit den Ländern Mittel- und Osteuropas belegen den Umfang und die Intensität dieser Zusammenarbeit.

Modellhaften Charakter für diese Zusammenarbeit hat das Rahmenabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit vom 22. Juli 1986, nach dessen Vorbild auch Verhandlungen mit den anderen osteuropäischen Staaten aufgenommen und Abkommen geschlossen wurden, so zum Beispiel mit Ungarn und Bulgarien. Abkommen und Projektvereinbarungen mit Polen und der Tschechoslowakei sollen folgen.

Der Bundesregierung ist es mit dem Moskauer Rahmenabkommen gelungen, Wissenschaftler aus Berlin in die Zusammenarbeit einzubeziehen. Damit war der Weg frei für weitere Verhandlungen über wissenschaftlich-technische Kooperation mit den anderen Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Die CDU-geführte Bundesregierung hat mit diesen Abkommen eine wissenschaftliche und technische Kooperation geschaffen, die bisher nicht möglich war. Die Abkommen erweitern das Aktionsfeld unserer Forschungs- und Technologiepolitik, ermöglichen neue Anstöße für die wissenschaftliche Arbeit und die wirtschaftliche Kooperation. Diese Intensivierung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und die damit geschaffene Möglichkeit zur Lösung von Problemen von gemeinsamem Interesse ist darüber hinaus im Sinne der Schlussakte der KSZE-Konferenz vom 1. August 1975 in Helsinki ein Beitrag zur Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Deutsch-sowjetische wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit: intensiv wie nie zuvor

Mit dem am 22. Juli 1986 in Moskau von der Bundesregierung und der sowjetischen Regierung unterzeichneten „Abkommen über

technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit“ schaffte die Regierung Helmut Kohl einen entscheidenden Durchbruch in diesem Bereich, den die vorherige Bundesregierung nicht zustande gebracht hatte. Das technisch-wissenschaftliche **Rahmenabkommen** wird ergänzt durch drei **Ressortabkommen** über

- die friedliche Nutzung der Kernenergie,
- die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft sowie
- die Zusammenarbeit im Bereich der Agrarforschung.

Das Rahmenabkommen und die drei Ressortabkommen sind im Juli 1987 gemeinsam in Kraft getreten. Gleichzeitig wurden für die drei Ressorts **Durchführungsprogramme** („Projektlisten“) wirksam, deren Bedeutung auch darin liegt, daß die praktische Einbeziehung Berliner Forschungseinrichtungen dokumentiert wurde.

Die Zusammenarbeit bei den im Rahmen der drei Ressortabkommen vereinbarten Vorhaben ist erfolgreich. Besonders hervorzuheben sind im Rahmen der Agrarforschung vor allem die Tierzucht und Tierhaltung und beim Gesundheitsabkommen die Zusammenarbeit im Bereich der Herzchirurgie und bei der Erforschung und Bekämpfung von AIDS hervorzuheben.

Bei der Zusammenarbeit aufgrund des Kernenergieabkommens gibt es zwei Hauptbereiche:

- Im Bereich **Kernphysik** konnten zum Teil bereits bestehende Kooperationen in das Abkommen integriert, ausgeweitet und intensiviert werden (zum Beispiel auf dem Gebiet der Hochenergiephysik mit DESY in Hamburg und auf dem Gebiet der kontrollierten thermonuklearen Fusion mit dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) in Garching bei München).
- Im Bereich **Forschung und Entwicklung bei der Kerntechnik** haben zu den Vorhaben Schneller Brüter, Hochtemperaturreaktor (HTR), Reaktorsicherheit, Entsorgung bereits erste Seminare zur Abstimmung der künftigen Zusammenarbeit stattgefunden. Es ist vorgesehen, möglichst zu konkreteren Formen der Projektzusammenarbeit überzugehen. Ein besonders wichtiges Thema ist dabei die Reaktorsicherheit, zu dem Mitte September 1988 das erste Seminar stattgefunden hat und an dem auch Experten aus der Industrie teilgenommen haben. Dabei wurden gemeinsame Projekte vereinbart, die es ermöglichen, einen präziseren Einblick in den Stand der sowjetischen Sicherheitstechnik zu gewinnen, den Stand der deutschen Technik zu präsentieren und möglicherweise auf die Entwicklung sowjetischer Sicherheitskonzepte Einfluß zu nehmen.

Als Steuerungs- und Koordinierungsinstrument sieht das Rahmenabkommen eine Gemischte Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vor. Auf der ersten Tagung der Gemischten Kommission in Bonn wurden am 21. April 1988 weitere neue Kooperationsfelder aufgenommen:

- Informations- und Erfahrungsaustausch über wissenschaftliche Informationsnetze (zum Beispiel Deutsches Forschungsnetz)
- Untersuchungen über die Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Standards für Hochauflösendes Fernsehen (HDTV)
- Informations- und Besuchsaustausch im Bereich der Hochtemperatur-Supraleitfähigkeit.

Gemeinsam im Weltraum forschen: Neue Dimension unserer Beziehungen

Die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit bei der Weltraumforschung ist während des Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau auf eine neue Basis gestellt worden: Am 25. Oktober 1988 wurde dort das deutsch-sowjetische „Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken“ unterzeichnet. Dieses Weltraumabkommen nennt als neue Gebiete der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit die Erforschung der solar-terrestrischen Beziehungen, die Weltraumastronomie und Astrophysik, die Erforschung des Sonnensystems, der Planeten und Kometen, die Atmosphärenforschung aus dem Weltraum und die Erforschung der Erde aus dem Weltraum, die Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Schwerelosigkeit sowie die Weltraumbiologie und Weltraummedizin.

Das Weltraumabkommen bestätigt darüber hinaus die bereits erzielte grundsätzliche Einigung über den Mitflug eines deutschen Astronauten in einem sowjetischen Weltraumschiff und die Mitarbeit in einer sowjetischen Raumstation.

Bereits der Abschluß des Rahmenabkommens und die von der Sowjetunion gezeigte Kooperationsbereitschaft hatten verstärktes Interesse an einer Zusammenarbeit im Weltraum geweckt. Nach Abschluß des Rahmenabkommens hat Bundesforschungsminister Riesenhuber mit den PHOBOS-Instrumenten erstmals ein sowjetisches Projekt im Bereich der Weltraumforschung durch eine Teilstützung unterstützt.

Zusammenarbeit mit Ungarn in der Forschung und Technologie auf eine neue Grundlage gestellt

Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Zusammenarbeit mit Ungarn durch das Rahmenabkommen über wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung, das am 7. Oktober 1987 in Bonn unterzeichnet wurde, auf eine neue Grundlage gestellt: Damit wird die projektorientierte Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Natur- und Ingenieurwissenschaften

wie der Geistes- und Sozialwissenschaften von beiden Staaten intensiv gefördert.

Gleichzeitig wurde ein Programm zur Durchführung des Abkommens wirksam, in dem eine erste Liste von 32 gemeinsamen Forschungsvorhaben vereinbart wurde, um das Abkommen mit Leben zu erfüllen. Dieses Programm enthält gemeinsame Vorhaben unter anderem in den Bereichen Agrarforschung und Lebensmittelforschung, Forstwissenschaften, Kernphysikalische Grundlagenforschung, Reaktorsicherheitsforschung und Materialforschung, Fertigung und Nachrichtentechnik sowie Gesundheits-, insbesondere Krebsforschung und Umweltforschung.

An diesen Vorhaben sind auch wissenschaftliche Einrichtungen und Wissenschaftler in Berlin beteiligt.

Forschungszusammenarbeit mit Bulgarien verstärkt

Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Zusammenarbeit mit Bulgarien durch das Abkommen über wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung, das am 25. Februar 1988 in Bonn unterzeichnet wurde, ausgeweitet und verstärkt. Auf der Grundlage dieses Abkommens sollen die Beziehungen zwischen den Forschungseinrichtungen beider Länder erheblich intensiviert werden. Gleichzeitig mit dem Rahmenabkommen ist ein Programm zur Durchführung des Abkommens mit zunächst 21 gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, unter anderem in den Bereichen nukleare Sicherheit und Schiffsbau, Kernforschung und Materialforschung sowie chemische Vorhaben, Regelungs- und Fertigungstechnik, aufgestellt worden.

Auf deutscher Seite sind die Kernforschungsanlage Jülich, das Max-Planck-Institut für Polymerforschung (Kunststoffe), die Universitäten Hamburg-Harburg und Köln sowie wissenschaftliche Einrichtungen und Wissenschaftler in Berlin beteiligt.